



Initiativantrag 02 - neu

Stand: 20.06.2014, 23:00

Antragsgegenstand: Kinder und Jugendliche brauchen mehr als Schule

Antragssteller: Bundesvorstand

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Die Bundesversammlung nimmt in Gesprächen mit Verantwortlichen vor Ort wahr, dass Schule einen immer stärkeren Raum im Alltag von Kindern und Jugendlichen einnimmt. Die Zeit, die Kinder und Jugendlichen für die freie Gestaltung und Selbstorganisation zur Verfügung steht, wird stetig geringer. Des Weiteren wird die Möglichkeit für gemeinsame Pfadfinderlager und Fahrten von Jugendgruppen aus verschiedenen Bundesländern durch einen immer geringeren gemeinsamen Ferienkorridor eingeschränkt. In der DPSG gilt dies insbesondere für Diözesanverbände, die sich über mehrere Bundesländer erstrecken. Auch Stämme, deren Mitglieder in unterschiedlichen Bundesländern zur Schule gehen, haben diese Probleme.

Bildung findet jedoch nicht nur in der Schule statt (vgl. u.a. 12. Kinder- und Jugendbericht), sondern auch zu bedeutenden Teilen in Jugendverbänden. Eine umfassende Bildung kann nicht alleine durch das formale Bildungssystem geleistet werden¹. Jugendverbände leisten einen wertvollen, gleichberechtigten Teil einer umfassenden Bildung für Kinder und Jugendliche. Der Fokus bildungs- und förderpolitischer Diskussionen darf nicht allein auf Kindergärten, Schulen und Universitäten (das sogenannte formale Bildungssystem) liegen. Kinder und Jugendliche wünschen sich Zeit zur freien Gestaltung, Treffen mit Gleichaltrigen und für Selbstorganisation.

Die Bundesversammlung fordert deshalb, dass sich Bildungsorte in erster Linie an den Interessen der Kinder und Jugendlichen ausrichten müssen und nicht umgekehrt. Diese müssen Ernst genommen und in die Gestaltung der Schule einfließen. Die Rahmenbedingungen für jugendverbandliche Erfahrungen von Kindern und Jugendlichen dürfen nicht durch einseitige bildungspolitische Entscheidungen zugunsten des formalen Bildungssystems weiter eingeschränkt werden. Wir sind der Überzeugung², Kinder und Jugendliche benötigen für ihre individuelle Entwicklung Räume außerhalb der Schule. Jugendverbände müssen in Politik und Gesellschaft

¹ Vgl. den Beschluss „Bildung für ein gelingendes Leben“ DPSG, 2010.

² Vgl. die Stufenkonzepte in der Ordnung der DPSG, S. 31ff, 2014³.



als gleichberechtigte Partner in der Bildung und Erziehung der Kinder und Jugendlichen gelten. Die Bundesversammlung fordert die Verantwortlichen in Politik und Kirche auf, sich zum Wohle der jungen Menschen für gute Rahmenbedingungen der Kinder- und Jugendverbände einzusetzen.

Konkret fordert die DPSG:

- Maximal 35-Stunde-Woche für Kinder und Jugendliche. Das bedeutet, dass die Zeit, die Kinder und Jugendliche im Schulunterricht und mit schulischen Aufgaben (Vor- und Nachbereitung von Unterricht etc.) verbringen, auf maximal 35 Zeitstunden in der Woche beschränkt wird.
- Mindestens einen Nachmittag landesweit einheitlich und möglichst bundesweit abgestimmt frei von Schulunterricht zu halten.
- Die Kultusministerkonferenz (KMK) soll ihren Beschluss vom 12.06.2014 zur Sommerferienaufteilung 2018 bis 2024 zurücknehmen und einen mindestens zweiwöchigen gemeinsamen Sommerferienkorridor für alle Bundesländer einrichten.

Die Bundesversammlung sieht diese Position als einen Beitrag zu der von vielen anderen Verbänden und Organisationen bereits geführten Debatte. Deshalb ruft die Bundesversammlung alle Mitglieder auf, sich über BDKJ und RdP in den jeweiligen Landes-, Kreis- und Stadtjugendringen für ebendies stark zu machen und sich zu engagieren, um eine gemeinsame und schlagkräftige Position zu vertreten.

Begründung:

Verstärkt nehmen wir wahr, dass die zeitlichen Räume für Kinder und Jugendliche durch das formale Bildungssystem immer stärker eingenommen werden. Junge Menschen wünschen freie Zeit, die sie nach eigenen Vorstellungen gestalten können, u.a. durch Selbstorganisation in Jugendverbänden. Wir möchten uns für die Interessen der Kinder und Jugendlichen stark machen und diese durchsetzen. Mit den hier genannten Forderungen stünde die DPSG nicht alleine dar, sondern macht einen Schulterschluss mit vielen anderen Verbänden innerhalb des DBJR. Dieser Beschluss soll jugendpolitisch Aktiven auf Stadt-, Kreis-, Landes- und Bundesebene die entsprechende Grundlage für ihr Handeln in diesen Angelegenheiten bieten und gleichzeitig das Engagement unserer Mitglieder in dieser für Jugendverbände essentiellen Fragestellung stärken. Da Bildungspolitik v.a. Landespolitik ist, richtet sich der Antrag auch an die Verantwortlichen auf Diözesan- und RdP-Landesebene.

Abstimmungsergebnis

Ja- Stimmen:	mehrheitlich
Nein- Stimmen:	4
Enthaltungen:	6